

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsges. bei H. G. Schmidt, Postfach 101
101 Dresden, Postfach 101, 101
101 Dresden, Postfach 101, 101
101 Dresden, Postfach 101, 101

Druck u. Verlag: Kiepsch & Reichardt, Dresden-Alt. I, Marien-
straße 38/42, Fernruf 25241. Postfach 1008 Dresden
Dieser Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Hauptstadtverwaltung Dresden und des Polizeiamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagsges. bei H. G. Schmidt, Postfach 101
101 Dresden, Postfach 101, 101
101 Dresden, Postfach 101, 101
101 Dresden, Postfach 101, 101

Haile Selassie sitzt am Genfer Ratstisch

Halbsatz für Beerdigung des „Lebenden Leichnams“

Genf, 12. Mai.

Der Rat der Genfer Liga begann am Donnerstagvormittag in Gegenwart des Egnegus Haile Selassie, der am Ratstisch Platz genommen hatte, die Aussprache über den englischen Antrag, die Forderungen aus der Lage in Abessinien zu ziehen.

Quersprach der englische Außenminister Lord Halifax. Er erinnerte unter Hinweis auf die Genfer Entscheidung vom 4. Juli 1900 daran, daß die Ligaanträge keine ausdrückliche Verpflichtung zur Nichtanerkennung hinsichtlich Äthiopiens übernommen hätten. Die britische Regierung hoffe, daß andere Mitgliedsstaaten ihre Meinung hinsichtlich Äthiopiens teilen werden, wonach die Frage der Anerkennung der italienischen Stellung in Äthiopien so gelöst sei, daß jedes Mitgliedsland das Recht habe, für sich selbst unter Berücksichtigung seiner eigenen Lage und Verpflichtungen zu entscheiden. Die britische Regierung wüßte keineswegs, sich in die freie Entscheidung der Staaten in dieser Angelegenheit einzumischen.

Nach Ansicht der englischen Regierung ständen im Falle Äthiopiens zwei Ideale miteinander im Streit: einerseits das Ideal der unerschütterlichen und praktischen Ergebenheit an einen höheren Zweck, andererseits das Ideal einer praktischen Sicherung für den Frieden. Von beiden sei unabweislich die Forderung das härteste Ziel. Die wohlüberlegte Ansicht der britischen Regierung sei es, daß die italienische Kontrolle über ganz Äthiopien eine vollendete Tatsache geworden sei. Diese Tatsache müsse früher oder später anerkannt werden, es sei denn, man wäre bereit, sie mit Gewalt zu ändern oder man wolle ewig in einer unruhigen Welt leben. Obwohl die britische Regierung diese Ansicht vertritt, gebe sie in keiner Weise die Grundzüge des Genfer Paktes auf.

Haile Selassie ließ dann durch einen Vertreter eine Erklärung verlesen, in der die englischen Argumente lebhaft, wenn auch mit großer Zurückhaltung gegenüber der britischen Regierung, bestritten wurden.

Der französische Außenminister Bonnet schloß sich dem englischen Vorschlag in vollem Umfang an, da, wie er sagte,

Frankreich in Europa eine Atmosphäre des Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit herzustellen wünsche. Gleichmäßig betonte Bonnet, daß Frankreich dem Ideal der Liga treu bleibe.

Litwinow-Finkelstein äußerte sich sehr reserviert. Die Sowjetunion sei bereit, das Problem allein im internationalen Interesse unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Sicherheit und der Unteilbarkeit des Friedens zu prüfen.

In der Nachmittagssitzung des Rates der Genfer Liga wurde die Aussprache über die Forderungen aus der Lage in Abessinien fortgesetzt. Der rumänische Außenminister unterstützte ausdrücklich die realistische Politik Englands und Frankreichs. Außer müsse der Friede und erst dann die Genfer Institution gerettet werden. Der polnische Vertreter betonte, daß der Ausgang der Aussprache nicht im geringsten die Haltung Polens in der vorliegenden Frage beeinflussen werde. In dieser Angelegenheit habe die polnische Regierung souverän zu entscheiden, wie sie es bereits getan habe. Der schwedische Außenminister verwies darauf, daß seine Regierung die britische Initiative begrüßt habe. Er teilte dann mit, daß der schwedische Botschafter in diesen Tagen in Rom seine Tätigkeit aufnehmen werde. Der belgische Vertreter erinnerte daran, daß Belgien keine diplomatischen Beziehungen zu Italien formalisiert habe und den Wunsch anderer Länder verfolge, das Problem gleichfalls zu lösen.

Nachdem noch einige außereuropäische Länder zum englischen Abessinienvorschlag gesprochen und sich teils dafür, teils dagegen, teils unbestimmt geäußert hatten, leitete der Präsident das „Geschäft“ der Aussprache zusammen. Dann wurde die Aussprache geschlossen.

Wo ist Amerika?

Es mag zuerst unbedeutend erscheinen, daß ein Land, von dem man Unvoreingenommenheit und Toleranz am ehesten erwarten muß, im Chor der Deklarationen das nationalsozialistische Deutschland den Stimmführer abgibt: die Vereinigten Staaten, das „freie Land der Erde“. Während in den westeuropäischen Staaten die Kurve der Deutschfeindlichkeit ihren Höhepunkt überschritten hat und eine sozialere Beurteilung der deutschen Dinge überall Fortschritte macht, ist in Amerika von einem solchen Wandel noch nichts zu spüren. Im Gegenteil, die Debe wird immer maßloser, die Vergeltung der öffentlichen Meinung geht weiter, und das Phänomen der über Deutschland hinausgehender Kreise der Bevölkerung ein. Man greift sich manchmal an den Kopf ob so viel Einfalt und Dummheit und verweist am vielgerühmten „gesunden Menschenverstand“ des Amerikaners. Auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens begegnet einem diese Wand kalter Ablehnung, die von Unerbittlichkeit und bitterem Witz bis zum bittrigen Haß reicht. In der internationalen Politik, in Fragen der Weltanschauung, auf wissenschaftlichem Gebiet, im Kulturleben — überall, wo der Name „Nazi-Deutschland“ auftaucht, werden Tatsachen verdreht oder unterschlagen, Absichten mißdeutet und Persönlichkeiten in unqualifizierbarer Weise verleumdet. Ob es sich um die für einen Staatsmann geradezu kindlichen Erklärungen des US-Kriegsministers gegen die „angarischen Diktatoren“ handelt, ob amerikanische Abgeordnete die deutsche Frau beleidigen, ob Universitätsprofessoren die deutsche Wissenschaft mit Schmutz bewerfen oder „freie amerikanische Künstler“ gegen die geordnete nationalsozialistische Kunstpflege zu Felde ziehen — immer wieder stoßen wir auf eine unerschütterliche Mauer. Nöhen hat in seinem „Peer Gunt“ eine solche kompakte Gewalt der Negation mit seinem „Großen Krümmen“ verknüpfbar. Es gibt in der Tat kein besseres Symbol für jene dumme, aber raffinierte, anonyme, aber inspirierte, unbeständete, aber verhängnisvolle Ablehnung, auf die Deutschland in Amerika überall trifft.

Auf die Dauer werden wir diese Rügen und Beleidigungen nicht ruhig hinnehmen können. Während die Staatsmänner Europas gerade jetzt wieder bemüht sind, bessere Methoden des Zusammenlebens der Völker zu finden, Witz, verächtliche Aus dem Wege zu räumen und unserm geplanten Kontinent endlich jenen Frieden zu geben, nach dem er sich während Jahre vergebens sehnt, wird in Amerika gelogen und geübt, als hätte es nie einen Weltkrieg gegeben, als wären nie die besten Ehre der Vereinigten Staaten auf den Schlachtfeldern Frankreichs verblutet, als hätte man nie Kriegsschanden von atomischer Größe gemacht, die den Amerikanern nicht zurückgezahlt wurden, Europa und seine führende Generation steht noch immer im Dünne des Weltkriegserlebnisses. Deutsche, Engländer, Franzosen — sie alle haben die Jahre 1914 bis 1918 nicht vergessen und werden sie nie vergessen. Nur in Amerika hat man aus der Geschichte anscheinend nichts gelernt, obwohl ein Präsident Wilson an den verhängnisvollen Auswirkungen einer planmäßigen Kriegshetze körperlich, seelisch und politisch zugrunde ging und seit jenen Tagen in Amerika Unruhe, wirtschaftliche Anarchie und soziales Unrecht an die Stelle einer stetigen Aufwärtsentwicklung getreten sind.

Diese Wertung sei jedoch den Historikern selbst überlassen, Philosophen, vor allem aber den Amerikanern selbst überlassen. Wir haben uns hier nur mit dem zu beschäftigen, was uns angeht: mit dem amerikanischen „Großen Krümmen“. Die haben dazu das Recht und die Pflicht. Das Recht, weil wir die Angegriffenen und Verleumdeten sind, die Pflicht, weil mehr auf dem Spiele steht als das deutsche Ansehen. Wir fragen deshalb: Kann ein vernünftiger Amerikaner in der wildesten Tonart gegen die deutsche Rassenlehre zu Felde ziehen, wo er doch im eigenen Lande viel stärkere Rassenlehre befolgt, welche, die oft an einem einsam stehenden Baum, einem Hansfried und einem in der Schlinge hängenden Reiter demonstriert werden. Wir fragen weiter: Kann ein vernünftiger Amerikaner die staatliche Wirtschaftsentwicklung in Deutschland als „unerhörten Zwang“ bezeichnen, wo er im eigenen Lande täglich die Opfer einer schrankenlosen Wirtschaftsanarchie vor sich sieht, wo ein Millionen Arbeitslose herumlungern, von denen nur ein geringer Teil ordentlich rekrutiert oder gar aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Wir fragen endlich: Kann ein vernünftiger Amerikaner behaupten, daß Deutschlands Kultur- und Geistesleben unter dem Nationalsozialismus einen Niedergang erlebe, während Amerikaner, die zu einem solchen Urteil befähigt sind, wissen, daß die 125-Millionen-Bevölkerung der USA noch immer ohne eine eigene Kultur auskommen muß und Kulturakt nur aus zweiter Hand besteht. Wir erinnern uns an jenen Wikonator, dem es tiefes Eindringen in die Runkenpötte des vierzehnten Ludwigs bedeutet, wenn er abschließend in das Originaltext (Resignation für die Welt) stehen federart zur Verfügung) des Kardinals Richelieu stellen kann.

Kann ein vernünftiger Amerikaner ... das war unsere Frage, und wenn wir an der Menschheit nicht ganz verzweifeln...

Verprechungen, aber keine entsprechenden Beschlüsse

Der sudetendeutsche Abgeordnete Kundi geißelt das Drager System

Prag, 12. Mai.

In der Donnerstagssitzung des Drager Abgeordnetenhauses, die sich mit der Vorlage für das Unteroffiziersgesetz befaßte, gab der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Abgeordneter Kundi, eine Erklärung ab, wobei er seine Feststellungen mit dokumentarischen Beweisen belegte. Kundi erklärte unter anderem, die Sudetendeutsche Partei sei angesichts des Unvermögens der innerpolitischen Lage verpflichtet, zu dieser Vorlage folgendes festzustellen: Ebenfalls wie die im verfassungsmäßigen Ausschuss vertagte Staatsbürgerrechtsvorlage der Regierung sei auch die Unteroffiziersvorlage ein neuerlicher Beweis dafür, daß immer noch die praktisch wirksame Einsicht zur Abkehr von dem bisherigen innerstaatlichen System fehle. Während einerseits in offiziellen und inoffiziellen Besprechungen dem Ausland und dem Sudetendeutstum eine weitgehende Lösung der Nationalitätenfrage und die rasche Herstellung entsprechender Rechtsverhältnisse versprochen werde, bestreite die Regierung noch immer auf der Annahme von Gesetzen, deren Fassung neuerliche Möglichkeiten einer Rechtsminderung sowie wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung bieten und erneut Ursachen zur Erzeugung der innerstaatlichen Spannung auslösen könne.

Die Regierung mache zwar Verprechungen, lasse aber keine entsprechenden Beschlüsse. Sie gebe zwar Erlasse heraus, bestreite aber zentralisierende Organe nicht. Es seien auch Gemeindevahlen versprochen worden. Tatsache sei jedoch, daß bis heute nur in 788 von mehr als 8000 sudetendeutschen Gemeinden Wahlen durchgeführt worden seien. Die meisten anderen Gemeinden blühten im Verfall.

Kundi stellte weiter fest, daß die Regierung nicht einmal in der Lage sei, bei Ausdehnungen tschechischer Bevölkerungsfreie gegenüber den Sudetendeutschen durchzuführen, wie das die Vorgänge in Troppau und kleinere Vorfälle bewiesen. Vielmehr traten sogar staatliche Organe selbst als Ruhestörer auf. Die Sudetendeutsche Partei verlange als Beweis des guten Willens der Regierung die öffentliche Untersuchung der Geschehnisse von Troppau und Falkenau, Verhaftung aller schuldigen Staats- und Armeeorgane und Bericht im Abgeordnetenhause über den Vollzug der Strafen.

Während Konrad Benken und die sudetendeutschen Parteiführer seit Wochen die mit Recht erbitterte sudetendeutsche Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung angehalten hätten, sei nicht Gleichgültigkeit von Seiten der tschechischen Regierungsparteien geübt. Im Gegenteil, die Presse der verantwortlichen tschechischen Parteien bestreite die tschechische Bevölkerung gegen das Sudetendeutstum auf. Einige Journalisten hätten sich sogar angemaßt, dem kroatischen Office Befehle zu erteilen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verurteilten Sozialdemokraten und Kommunisten fürwärtige Szenen. Der deutschsozialdemokratische Abgeordnete Falk verurteilte, der Sudetendeutschen Partei Befehligungen des tschechischen Volkes in die Schuhe zu schieben. Die sudetendeutschen Abgeordneten Dr. Kundi und Sogel riefen ihm darauf zu, daß seine Behauptungen nichts anderes seien als erbärmliche Hege und Verleumdung. Sie bitteten nur dazu, die Nationalisten eudämonisch durchzueinanderzubringen, um eine Verständigung unmöglich zu machen.

Große Offensive im Alhambra-Abschnitt

Schweres Trommelfeuer auf die Stellungen der Roten - 15000 Milizen auf der Flucht

Zernel, 12. Mai.

Die Besserung des Wetters erlaubte eine Fortsetzung der Operationen im Alhambra-Abschnitt, die gemeinschaftlich von den Kolonnen der Generale Barcia und Garcia Salino durchgeführt werden.

Seit dem ersten Morgenstunden des Donnerstags belegte die nationale Kavallerie die tschechischen Widerstandszentren mit schwerem Feuer aller Kaliber, dessen Wirkung durch den Einsatz der Luftwaffe noch verstärkt wurde. Durch dieses Trommelfeuer wurden die tschechischen Stellungen völlig zerstört und eine Reihe von tschechischen Munitionslagern slog dabei in die Luft. Nachdem das Feuer genügend gewirkt hatte, nahmen die erste Kavallerie Division und die Spanische Legion unter Salino eine Reihe

von Höhenzügen und Ortschaften. 15000 rote Milizen, die ihre Stellungen hier unter allen Umständen halten sollten, wurden, nachdem sie eine heftige Widerstand geleistet hatten, zur Flucht gezwungen. Bei der nun einsetzenden Rassenjagd nahmen die nationalen Jagdflüge die Verfolgung an.

Diese Operationen erhielten ihre besondere Bedeutung dadurch, daß es gelang, mehrere 1000 Meter hohe Berggipfel in Besitz zu nehmen, die weithin die roten Stellungen und auch die Anfahrtsstraßen im Hinterland beherrschten.

Der Erfolg von Zernel operierenden tschechischen Armee war an diesem Tage ebenfalls ein starker Erfolg. Nachdem, so das eine Vereinigung mit General Salino in Kürze zu erwarten ist.